

Wissenswertes zum zweiten „Anti-Islamisierungskongress“ von *pro Köln* und *pro NRW* im Mai 2009

Alexander Häusler / Hans-Peter Killguss
Stand: 23.04.2009

Die selbsternannte *Bürgerbewegung pro Köln* (pro Köln) sowie deren landesweites Pendant, die *Bürgerbewegung pro NRW* (pro NRW), planen für das zweite Maiwochenende 2009 die Wiederholung des „Anti-Islamisierungskongresses“. Neben einer Pressekonferenz in Köln sowie Kundgebungen in Dormagen, Leverkusen und Leichlingen am 8. Mai ist für den 9. Mai eine große öffentliche Kundgebung in der Kölner Innenstadt geplant. Tausende hatten im September 2008 gegen das rechtsextreme Spektakel demonstriert. Die Veranstaltung wurde schließlich von der Polizei abgebrochen. Daher wollen die Rechtspopulisten erneut ein „deutliches Zeichen gegen Islamisierung und Überfremdung“ setzen.

Rassistischer Populismus

Die „pro“-Bewegung weist propagandistisch einen populistischen Politikstil auf, der eine rassistische Stoßrichtung hat. So wird der Slogan der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung vor der Wende, „Wir sind das Volk“, als Mobilisierungspareole für ihr als „Kongress“ angekündigtes Wahlkampfspektakel benutzt. Die daran anknüpfende Forderung „für Demokratie und Meinungsfreiheit“ soll eine bürger- und menschenrechtsfördernde Einstellung suggerieren. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Der Selbstetikettierung „Wir sind das Volk“ angefügt ist der Slogan „gegen Islamisierung und Überfremdung“. Das bedeutet: „Das Volk“ wird als Gegenbegriff zu einer auf Verschiedenheit beruhenden Einwanderungsgesellschaft gesetzt. Das „Wir“ wird ethnisch hergeleitet und richtet sich gegen kulturelle Vielfalt und konkret gegen Zugewanderte. Die populistische Inszenierung als „Bürger(rechts)bewegung“ dient dazu, rassistische Ausgrenzung und Diffamierung als legitime Form politischen Handelns zu verkaufen.

Inszenierung als Opfer

Dabei inszeniert sich die „pro“-Bewegung als Opfer von Medien, Politik und Zivilgesellschaft. Die Aufklärung über rechtsextreme Agitation bzw. die deutliche Zurückweisung rassistischer Propaganda wird als „beispiellose Hetze“ gegen eine angeblich demokratische Organisation dargestellt. Besonders perfide: die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus. So beginnt ein von *pro Köln* produziertes „Anti-Islamisierungsvideo“ mit einer nachgestellten Szene, in der zwei SA-Männer ein Plakat mit der Aufschrift „Kölner! Kauft nicht bei Juden!“ anbringen. „Wer geglaubt hatte, dass die Zeit der Intoleranz und Verfolgung von Minderheiten mit all ihren schrecklichen Folgen endgültig der Vergangenheit angehört, wurde an einem sonnigen Tag im September 2008 eines besseren belehrt!“, so der Sprecher aus dem Off. Banden von „Linksfaschisten“ hätten gemeinsam mit der Polizei für eine Pogromstimmung gesorgt und der Bürgerbewegung das Wort verbieten wollen. Mit diesen Bildern und Begrifflichkeiten suggeriert die Vereinigung, dass ihr das Gleiche widerfahren wäre wie den Juden im Nationalsozialismus – ein völlig abstruser Vergleich, der die antisemitische Verfolgung und Ermordung relativiert und für die eigenen Zwecke

instrumentalisiert. Angesichts der Tatsache, dass aus diesen Kreisen zugleich revisionistische und rassistische Proklamationen – auch mit antisemitischen Untertönen¹ – verlautbar gewesen sind, stellt diese Stilisierung als Opfer zugleich eine politische Geschmacklosigkeit und Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus dar.

Anti-Islam-Kampagnen als zentrales Thema der extremen Rechten

Der „Anti-Islamisierungskongress“ soll die heiße Phase vor der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl im August einläuten und gleichermaßen die Zusammenarbeit der europäischen Rechtsaußenparteien unter Beweis stellen. Auch wenn *pro Köln/pro NRW* suggerieren, dass mit vielen Zusagen aus ganz Europa etliche Teilnehmende zu erwarten seien, so deutet nur wenig darauf hin, dass das Wahlkampfespektakel tatsächlich ein Massenevent werden wird. Die Bedeutung der Veranstaltung liegt vielmehr in der Rolle des Themas Islamfeindlichkeit, das auch bei anderen extrem rechten Gruppen propagandistisch hoch im Kurs steht. Die extreme Rechte sieht – nicht nur in Deutschland – aktuell in populistischen und rassistischen Kampagnen gegen *den* Islam ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda. War früher in diesen Kreisen die platte Parole „Ausländer raus“ Ausdruck eines dumpfen Rassismus, so versteckt sich dieser inzwischen nicht selten hinter populistischen Parolen zur Verteidigung von „deutscher Leitkultur“ und „christlichem Abendland“, gegen „Moscheebau“ und „Islamisierung“. Muslime werden dabei unter Fundamentalismusverdacht gestellt und als potentielle Bedrohung imaginiert: „Die überwiegende Mehrheit der in Köln lebenden Moslems verhält sich unauffällig“, so *pro Köln* auf ihrer Homepage. „Daraus aber zu schließen, diese akzeptierten vorbehaltlos die Leitkultur ihres Gastlandes, erweist sich aber als fataler Irrtum. Denn bei unzähligen Korangläubigen ist die Anpassung nur eine scheinbare, und hinter der harmlos-freundlichen Fassade verbirgt sich die Absicht, Köln in die ‚Umma‘, die Gemeinschaft aller Moslems, überzuführen.“²¹ Noch plakativer zeigt sich die fehlende Unterscheidung zwischen dem Islam und fundamentalistischen Ausdrucksformen an dem Banner, das beim ersten Anti-Islamisierungskongress von *pro Köln* aufgestellt wurde: Darauf prangte in riesigen Lettern „Stop Islam“ – und keineswegs „Stop Islamismus“.

Mangelnde Differenzierung in der öffentlichen Debatte

Solche Kampagnen dienen in rechtsextremen Kreisen ausschließlich der Mobilisierung von Ressentiments gegenüber dem Islam. Die Annahme, dass diese gesellschaftlich wirkungsmächtig werden könnten ist nicht unbegründet. So wird der Islam in der Öffentlichkeit mitunter als eine gewaltförmige und archaische „Ausländerreligion“ dargestellt, für die es in den europäischen Gesellschaften angeblich keinen Platz gebe. Die Zustimmung zu solchen rechtspopulistischen oder extrem rechten Inhalten wird durch Debatten gefördert, die Konflikte in Begrifflichkeiten des Ethnischen ausdrücken und vor allem auf eine vermeintlich kulturell-religiöse Differenz oder Mentalitätsunterschiede statt auf ihren sozialen Ursprung zurückführen. Kennzeichen dieser Argumentation ist die Verknüpfung der Glaubens- mit der Zuwanderungsfrage: Zugewanderte = Islam = Islamismus=Bedrohung, so die Analogie. Übersehen werden dabei nicht nur die vielen unterschiedlichen Strömungen des Islam. Aus dem Blick geraten weiterhin die sehr komplexen Entstehungsprozesse unterschiedlicher religiöser Vorstellungen, die – geprägt von verschiedensten politischen Faktoren und Alltagspraxen in den „Herkunfts“- und Einwanderungsländern – vielfachen Neu- und Re-Interpretationen unterliegen und auch der sozialen Identifikation dienen.

¹ Vgl. Häusler, Alexander: Antislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 155 f.

² http://www.pro-koeln.org/artikel09/060409_is.htm, v. 11.04.2009

Schwierigkeiten einer sachlichen Debatte

Die stigmatisierende Verortung des Islam als Zeichen einer angeblichen „Überfremdung“ und als „mit der Demokratie nicht vereinbar“ fördert rassistische Hetze und keineswegs eine kritische Diskussion der Gestaltung des Zusammenlebens in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Vielmehr wird durch pauschalisierende kulturalisierende Zuschreibungen eine sachliche und differenzierte Debatte um die Entwicklung reaktionärer und antidemokratischer Einstellungs- und Verhaltensmuster im Namen des Islams geradezu verunmöglicht. So gibt es, beispielsweise im Kontext von Moscheevereinen, selbstredend Dominanzverhalten, patriarchale Geschlechterverständnisse oder Religionsinterpretationen, die mit der universellen Gültigkeit von Menschenrechten nichts gemein haben und eine integrationspolitischen Austausch entgegenstehen. Diese Tendenzen sind als solche auch deutlich zu kritisieren. Sie jedoch alleine auf die Communities von Migranten zu projizieren, hieße sich unglaublich und blind für ähnliche problematische Einstellungsmuster in der „angestammten“ deutschen „Mehrheits“gesellschaft zu machen.

Weit verbreitete Islamfeindlichkeit

Politische Instrumentalisierungen dieses Themenfeldes verstärken ein gesellschaftliches Klima der Angst, das negative Auswirkungen auf die Gestaltung eines interkulturellen Zusammenlebens hat. Laut einer empirischen Studie von Oliver Decker und Elmar Brähler befürwortet nahezu jeder dritte Bundesbürger rassistische Ansichten.³ Derartige empirisch erhobene Einstellungsmuster aus der Mitte der Gesellschaft werden auch durch die seit dem Jahr 2002 jährlich durchgeführten Befragungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ bestätigt. Über ein Drittel der Befragten fühlen sich durch die Anwesenheit von Muslimen „wie Fremde im eigenen Land“⁴. Die Zustimmung zu einem Zuwanderungsverbot ist von 24 Prozent in 2002 auf 28,5 Prozent in 2006 gestiegen, in 2007 allerdings auf gleichem Niveau geblieben.⁵ Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Mai 2006 sprachen sich mehr als die Hälfte der Befragten für ein Verbot von Moscheebauten aus, weil in „manchen islamischen Ländern keine Kirchen gebaut werden dürfen“. Zudem vertraten 56 Prozent der Befragten die Ansicht es herrsche „zur Zeit ein Kampf der Kulturen“ und 58 Prozent glaubten, dass es „zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung“ komme.⁶

Versuchter Anschluss an die „Mitte der Gesellschaft“

Solche Bedrohungsgefühle werden politisch gezielt von Rechts geschürt und für eigene Zwecke instrumentalisiert. So verkündete der von der Kölner CDU zur „pro“-Bewegung übergetretene Jörg Uckermann in der rechtsextremen Zeitschrift *Nation & Europa*: „Auf jeden Fall gäbe es ein sofort abrufbares Potential von bis zu 25 Prozent der Wähler für einen rechtspopulistischen Politikansatz. Roland Schill hat in Hamburg vorgemacht, was möglich ist, wenn Teile der Medien mitspielen.“ Daher forderte er, man solle „mit den Medien geschickt spielen und Stimmungen aufgreifen und kanalisieren.“⁷ Hier kommt das

³ Vgl. Brähler, Elmar; Decker, Oliver: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006. Dies., Geißler, Normann; Weissmann, Marliese; Rothe, Katharina: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008. Rassistische Einstellungen bedeuten allerdings noch kein geschlossen neonazistisches Weltbild und sind ebenso von extrem rechten Verhaltensweisen (beispielsweise die Wahl einer rechtsextremen Partei) abzugrenzen.

⁴ <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Tabelle1-2004.html>, v. 26.06.2008

⁵ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a. M. 2007

⁶ Vgl. <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/>

Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html, v. 06.06.2008

⁷ Interview mit Jörg Uckermann: „Ein Zeichen setzen!“, in: *Nation & Europa*, Mai 2008

instrumentelle Verhältnis der populistischen Rechtsaußen-Partei zu dem „Angstthema“ Islam deutlich zum Ausdruck.

Mit einer Aneinanderreihung von Schlagworten und Plattitüden, die aus öffentlichen Debatten über den Islam hinreichend bekannt sind, versucht *pro NRW* sich zu der Anti-Islam-Partei in Nordrhein-Westfalen zu inszenieren. „Keine Moscheebauten, keine Minarette und kein Muezzin-Ruf – diese Forderungen sind in der einheimischen Bevölkerung absolut mehrheitsfähig! Die Menschen sind zu Recht besorgt über die schleichende Islamisierung und die unmittelbare islamistische Terrorgefahr in Nordrhein-Westfalen“⁸, so der *pro NRW*-Generalsekretär Markus Wiener. „Unser Erfolg ist mit den Händen greifbar und wird sich am 30. August auch genau in Prozentzahlen und Mandaten messen lassen“, so Wiener an anderer Stelle. „Wir werden – vom Westen beginnend – für eine Veränderung, d.h. europäische Normalisierung - des deutschen Parteiensystems sorgen!“⁹

Um dieses Ziel zu erreichen stellt sich die *pro-Bewegung* als Organisation dar, die als einzige die Sorgen und Nöte des „kleinen Mannes“ aufgreift und sich für dessen Interessen gegen „korrumpierte und inländerfeindliche Politik der Altparteien“ und „Multi-Kulti-Apostel“ (*pro Köln*) einsetzt. Dies soll auch mit dem zweiten „Anti-Islamisierungskongress“ unter Beweis gestellt werden.

Anti-Islam-Kampagnen in Europa

Europaweit werden mit gezielten Provokationen gesellschaftliche Konflikte zugespitzt. In Italien verkündete im September 2007 Roberto Calderoli, Spitzenpolitiker der rassistischen *Lega Nord*, das Gelände für einen geplanten Moscheebau in Bologna durch eine Begehung mit Schweinen „infizieren“ zu wollen. Die rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei* (SVP) startete im Mai 2007 eine „Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten“, mit dem Ziel der Aufnahme eines Minarettverbots in die helvetische Verfassung. Ganze Passagen aus diesem Verbotsantrag wurden augenscheinlich von der *Freiheitlichen Partei Österreich* (FPÖ) übernommen, die mit Parolen wie „Daham statt Islam“ Muslimen einen Platz in der österreichischen Gesellschaft gänzlich verwehren möchte.

In Belgien bedient sich die antiislamische Agitation des *Vlaams Belang* (VB) ebenfalls der öffentlichen Diskussionen um Moscheebauten: „Der Islam gehört nicht nach Europa, denn Europa ist ein Kontinent von Schlössern und Kathedralen und nicht von Moscheen und Minaretten“, so Filip Dewinter bei, der Fraktionsvorsitzender des VB einer Veranstaltung der deutschen *REPUBLIKANER*.¹⁰ In den Niederlanden forderte Geert Wilders sowohl im Wahlkampf als auch nach seinem Einzug in das Parlament mit seiner *Partei für die Freiheit*, weiterhin den Bau von Moscheen.

Forderungen nach Minarett-Verbot haben sich zu einem rechten Exportschlager entwickelt. Der von dem *Bündnis Zukunft Österreich*-Politiker Eduard Mainoni offen als „Geschäft mit der Angst“ bezeichnete Kampagnenstil¹¹ zeigt Wirkungen im politischen und gesellschaftlichen Alltag. Aus genau einem solchen „Geschäft“ versucht *pro NRW* politisch Kapital zu schlagen.

⁸ <http://www.pro-koeln-online.de/images13/interview-wiener.pdf>, v. 18.06.2008

⁹ <http://www.pro-nrw.org/content/view/925/1/>

¹⁰ Republikaner, Vlaams Belang und FPÖ: Gemeinsam für „Europa der Vaterländer“. Pressemitteilung Nr. 37/08, 21.06.2008

¹¹ Vgl. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4232 v. 19.10.2007

Bewertung der angekündigten Redner und Rednerinnen

Nach Eigenangaben von *pro Köln* und *pro NRW* sind für den „Anti-Islamisierungskongress“ bislang als Redner und Rednerinnen angekündigt (Stand: 20. April 2009):

- Filip Dewinter (Vlaams Belang (VB), Belgien)
- Mario Borghezio (Lega Nord, Italien)
- Markus Beisicht (pro Köln und pro NRW, Deutschland)
- Judith Wolter (pro Köln, Deutschland)
- Andreas Mölzer (Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Österreich)
- Harald Vilimsky (Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Österreich)
- Henry Nitzsche (Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland, Deutschland)
- Carl Lang (Frankreich)
- Robert Spieler (Frankreich)
- Petra Edelmannová (Tschechien)

Filip Dewinter, Vlaams Belang

Filip Dewinter ist Fraktionsvorsitzender des separatistischen belgischen *Vlaams Belang* (VB), zu dem *pro Köln* ebenfalls enge Kontakte und persönliche Freundschaften unterhält. Dewinter war bereits für den letzten „Anti-Islamisierungskongress“ eingeladen. Der *Vlaams Belang* wurde 1978 als *Vlaams Blok* von zwei Dissidenten flämischer Rechtsparteien gegründet und kann als „Rechtsextremismus in populistischer Gestalt“¹² eingestuft werden.

Am 9. November 2004 bestätigte der belgische Kassationshof ein Urteil gegen den *Vlaams Blok*. Dieser betreibe eine „dauerhafte Anstachelung zur Spaltung der Bevölkerung und zum Rassismus.“¹³ Das Urteil kam aufgrund des belgischen Antirassismugesetzes einem Parteiverbot gleich, weswegen eine Umbenennung in *Vlaams Belang* erfolgte. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf sieht gemäß einem Urteil vom 4. Dezember 2007 in den „seit Jahren“ bestehenden politischen Kontakten zum *Vlaams Belang* einen weiteren Hinweis auf ausländerfeindliche Einstellungen bei *pro Köln*¹⁴. Auf Ausländerfeindlichkeit in seiner Partei angesprochen, sagte Filip Dewinter: „Xenophobia is not the word I would use. If it absolutely must be a ‘phobia,’ let it be ‘Islamophobia.’“¹⁵

Mario Borghezio, Lega Nord

Der Europaabgeordnete Mario Borghezio, ehemaliger Wortführer des faschistischen *Ordine Nuovo*, verfiert einen katholischen Integralismus.¹⁶ In einem Video wird eine Interviewpassage dokumentiert, in der er verkündet: „Der Regionalismus ist nur Tarnung, wir werden immer Faschisten sein.“¹⁷ Borghezio wurde im Oktober 2005 verurteilt, weil er in Turin Zelte von Flüchtlingen angezündet hatte.¹⁸

Die *Lega Nord* macht immer wieder mit „provokativen“ Aussagen auf sich aufmerksam. Die britische Zeitung *The Telegraph* zitierte den Vorsitzenden der *Lega Nord*, Umberto Bossi, folgendermaßen: „Wir haben keine Angst das Thema [Zuwanderung – d. A.] auf den Plätzen

¹² Ivaldi, Gilles; Swyngedouw, Marc: Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok, in Decker, Frank: Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 121-143

¹³ <http://dokmz.wordpress.com/2004/11/30/jungle-world-492004-belgien-soll-zerbersten/>, v. 26.06.2008

¹⁴ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007, S. 42

¹⁵ <http://www.ejpress.org/article/4336>

¹⁶ Vgl. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2001/10/12/a0022.text.name,askoIsvTQ.n,12>, v. 21.04.2009

¹⁷ <http://sosigis.wordpress.com/2009/03/22/mario-borghezio-lega-nord-der-regionalismus-ist-nur-tarnung-wir-werden-immer-faschisten-sein/>, v. 21.04.2009

¹⁸ Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.08.2008

auszutragen. Wir haben 300.000 Märtyrer, die bereit sind von den Bergen hinabzusteigen. Unsere Gewehre rauchen immer.“¹⁹

Markus Beisicht, pro Köln und pro NRW

Markus Beisicht ist Vorsitzender von *pro Köln* und *pro NRW*. Für die *REPUBLIKANER* wurde er 1989 in den Kölner Stadtrat gewählt, von denen sich 1991 unter seiner Mitwirkung die Fraktion der neu gegründeten rechtsextremen Partei *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH) abspaltete. Für diese saß er bis 1994 im Kölner Stadtrat. Beisicht stieg zum DLVH-Landesvorsitzenden und -Bundesvorstandsmitglied auf, bevor er 1999 endgültig auf *pro Köln* umsattelte. Als Anwalt vertritt er auch Akteure aus dem Lager der militanten Neonazis, wie beispielsweise den wegen Volksverhetzung verurteilten Axel Reitz. In einem Interview mit der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* offenbarte Beisicht, der für seine Partei als OB-Kandidat antritt, offen den instrumentellen Charakter des antislamischen Populismus der „pro“-Bewegung. Auf die Frage: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“ gab er in der Zeitung die Antwort: „So könnte man sagen. (...) Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“²⁰

Judith Wolter, pro Köln

Judith Wolter ist stellvertretende Vorsitzende von *pro Köln* und Vorsitzende der Fraktion im Kölner Rat. 1999 hatte sie für die *REPUBLIKANER* zur Kommunalwahl kandidiert. Im November 2002 sprach sie ein Grußwort auf dem Bundeskongress des NPD-Jugendverbandes *Junge Nationaldemokraten*, im Februar 2003 sprach sie auf einer Veranstaltung der NPD-Vorfeldorganisation *Deutsches Kulturwerk* in Leverkusen. In der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* bekundete sie als Ziel ihrer Bewegung an, „dem Multikulturalismus vor Ort entgegen(zu)treten.“²¹ Trotzdem will die Rechtsanwältin, die bei der Kommunalwahl erneut für den Rat der Stadt Köln sowie als Landrätin im Rhein-Erft-Kreis antritt, heute mit dem Neonazismus nichts zu tun haben.

Andreas Mölzer, FPÖ

Andreas Mölzer ist Abgeordneter im Europaparlament und war dort Mitbegründer der rechtsgerichteten Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS). Dieses Projekt ist inzwischen gescheitert. Mölzer gilt als einer der Schlüsselfiguren zur Neuformierung einer Rechtsaußenfraktion im Europaparlament. Er wurde aufgrund ständiger Angriffe auf die Parteispitze 2005 aus der FPÖ ausgeschlossen, was nach der Abspaltung der BZÖ wieder rückgängig gemacht wurde. Da über die ITS auch die Kooperation mit der NPD angestrebt war, beendete die *Junge Freiheit* im September 2007 ihre Kooperation mit der von Mölzer publizierten *Zur Zeit*.²² Mölzer, der ebenfalls für den Anti-Islamisierungskongress 2008 eingeladen war, gilt als „Deutschnationaler“, dessen Anliegen es nach Ansicht der Zeitschrift *Das Parlament* ist, „die völkische Weltanschauung und rechtsextremes Gedankengut salonfähig zu machen.“²³

¹⁹ <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/1915484/Rome%27s-new-mayor-promises-purge-of-migrants.html>, v. 17.06.2008

²⁰ [http://www.jungefreiheit.de/index.php?id=268&tx_ttnews\[tt_news\]=1155&tx_ttnews\[backPID\]=&no_cache=1](http://www.jungefreiheit.de/index.php?id=268&tx_ttnews[tt_news]=1155&tx_ttnews[backPID]=&no_cache=1), v. 21.04.2009

²¹ Interview in: *Deutsche Stimme*, Januar 2003

²² Vgl. <http://www.jf-archiv.de/archiv07/200739092167.htm>, v. 21.04.2009

²³ <http://www.das-parlament.de/2005/45/Thema/030.html>, v. 21.04.2009

Harald Vilimsky, FPÖ

Harald Vilimsky ist Generalsekretär der FPÖ und gilt als enger Vertrauter des Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache. Er war nicht nur am Gründungsparteitag von *pro NRW* anwesend um die „die enge Partnerschaft zwischen den erfolgreichen rechtspopulistischen Formationen in Europa“ zu vertiefen²⁴, sondern auch Gast beim letzten Kongress.

Im Wahlkampf zur Nationalratswahl 2006 startete die FPÖ eine Kampagne mit Anzeigen und Plakaten, unter anderem mit fremdenfeindlichen Aussagen wie „Deutsch statt nix versteh'n“, „Herr im eigenen Haus bleiben“ und „Pummerin statt Muezzin“. Mit dem Slogan „Für die Ärmsten der Armen und nicht die Wärmsten der Warmen“ wandte sich die Kampagne auch gegen Homosexuelle.

Henry Nitzsche, Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland

Henry Nitzsche ist Vorsitzender der im Februar 2008 ins Leben gerufenen Wählervereinigung *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland*. Mit der Parole „Arbeit, Familie, Vaterland“, die auch schon von der NPD verwendet worden war, hatte Nitzsche für die Bundestagswahl 2005 mit Plakaten geworben. Der Slogan war als „Travail, Famille, Patrie“ Wahlspruch des französischen Vichy-Regimes unter Marschall Pétain während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg gewesen und diente als expliziter Gegenentwurf zu republikanischen Traditionen.²⁵

Bei einer Veranstaltung sagte Nitzsche, der Patriotismus werde gebraucht, „um endlich vom Schuldskult runterzukommen“ und damit "Deutschland nie wieder von Multi-Kulti-Schwuchteln in Berlin regiert wird".²⁶ Im Dezember 2006 trat Nitzsche aus der CDU aus und ist nun fraktionsloses Mitglied des Bundestages. Das *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland* erreichte bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2008 teilweise zweistellige Ergebnisse. Daraufhin kündigte Nitzsche an, er wolle in Bautzen Ausländerbeauftragter werden. Aufgabe sei es in erster Linie, „den hier ansässigen Ausländern bei der Organisation ihrer Heimreise behilflich zu sein, anstatt sie beim Aufbau einer dauerhaften Existenz in Deutschland zu unterstützen.“²⁷ Der aus der CDU wegen seiner antisemitischen Äußerungen ausgeschlossene Martin Hohmann ist Ehrenmitglied der Vereinigung. Nitzsche war sowohl beim ersten „Anti-Islamisierungskongress“ als auch bei einer Kundgebung von *pro Köln/pro NRW* in Ehrenfeld im Dezember 2008 als Redner anwesend.

Robert Spieler

Robert Spieler gilt als „eine Schlüsselfigur der elsässischen Rechtsextremisten“ (Die ZEIT)²⁸. Nachdem er lange Jahre Mitglied im *Front National* gewesen war, gründete er 1989 die rechtskonservative Partei *Elsace d'abord* (Elsass zuerst), deren Vorsitz er übernahm. Er gehört zu den Gründern der neuen Sammlungsbewegung *Nouvelle Droite Populaire*, die eine Konkurrenz zum *Front National* darstellt.

Carl Lang

Carl Lang ist Mitglied des europäischen Parlaments. Der ehemalige Generalsekretär der *Front National*, der in der Partei als „Hüter der programmatischen Orthodoxie“ galt²⁹, kehrte dem

²⁴ <http://www.pro-koeln-online.de/artikel5/pro-nrw.htm>, v. 21.08.2008

²⁵ <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/vichy/index.html>, v. 26.06.2008

²⁶ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,451710,00.html>, v. 08.06.2008

²⁷ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2473:henry-nitzsche-will-offenbar-auslaenderbeauftragter-werden&catid=29:sonstiges&Itemid=241, v. 20.04.2009

²⁸ http://www.zeit.de/2002/24/Traum_vom_guten_Dorf, v. 16.06.2008

²⁹ Absage an Astfranzosen, in: blick nach rechts, Ausgabe 06/2009, von Bernhard Schmid. Im Internet unter: <http://www.bnr.de/content/absage-an-ae-astfranzosen-ae>, v. 20.04.2009

FN nach Streitigkeiten den Rücken. Im Juni 2008 nahm er in Paris am Gründungskongress der *Nouvelle Droite Populaire* teil, gründete im Februar 2009 jedoch seine eigene Partei, *Le Parti de la France* (LPDF, die Partei Frankreichs).

Petra Edelmannová

Petra Edelmannová ist Vorsitzende der tschechischen *Národní strana* (Nationalpartei). Die Organisation macht nicht nur durch ihre nationalistischen Parolen, sondern auch durch die rassistischen Ausfälle vor allem gegen die Roma in Tschechien, auf sich aufmerksam. So propagiert die NS „die Endlösung der Zigeunerfrage“ in Tschechien und will nach der nächsten Wahl 2010 bis zu 200.000 in Tschechien lebenden Roma nach Indien umsiedeln.³⁰ Im Januar 2008 wurde die paramilitärische *National-Garde* (*Národní garda*) gegründet, die nach der Parteichefin Petra Edelmannová nicht nur bei Parteiversammlungen, sondern auch für Katastrophen-Situationen zur Verfügung stehen soll.³¹

Nachdem im Juli 2008 in Brno (Brünn) Feuerwerkskörper und Tränengas in eine Parade von Schwulen und Lesben geworfen wurde, erwog das tschechische Innenministerium die Auflösung der *Nationalpartei*.³²

Im August 2008 war Edelmannová beim jährlichen „Red, White and Blue“-Fest der rechtsextremen *British National Party* (BNP) eingeladen.³³ Im Oktober 2008 gab Edelmannová zusammen mit Nick Griffin von der BNP eine Pressekonferenz³⁴. Eben jener Griffin war von *pro Köln* beim letzten Anti-Islamisierungskongress wieder eingeladen worden, nachdem seine Holocaustleugnung in der Öffentlichkeit skandalisiert worden war.

³⁰ Neonazis in Tschechien Mobilmachung gegen alles, was stört, in: Süddeutsche Zeitung vom 6.08.2008, von Klaus Brill. Im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/168/305138/text/>, v. 20.04.2009

³¹ ebd.

³² Vgl. <http://www.redok.de/content/view/1405/36/>, v. 20.04.2009

³³ Vgl. <http://www.express.co.uk/posts/view/57108/Protest-demo-targets-BNP-festival>, v. 20.04.2009

³⁴ Vgl. <http://bnp.org.uk/tag/bnp/>, v. 20.04.2009
